

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2009



Die Wertschätzung der Demokratie ist stabil

Zur bevorstehenden Jahreswende ist dies eine gute Botschaft: Die Krise des Finanzsystems und der Konjunkturerinbruch haben in Deutschland nicht zu einem Verfall des Vertrauens in den Wert der Demokratie geführt. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung, die der Bundesverband Deutscher Banken in Auftrag gegeben und kürzlich veröffentlicht hat.

Dass die Deutschen – zweifelsfrei und eindeutig mehrheitlich – dieser Meinung sind, ist in geschichtlicher Betrachtung keine Selbstverständlichkeit. Wirtschaftskrisen sind – nicht nur in Deutschland noch bis weit ins vorige Jahrhundert hinein – fast immer auch politische Krisen geworden. Deutschland bietet sogar ein besonders krasses Beispiel dafür, dass Erschütterungen des Wirtschaftssystems häufig mit einem Verfall des Vertrauens in die Demokratie verbunden waren. Die politisch zerstörerische Figur des „starken Mannes“ sowie die Aussetzung der in Demokratien erfochtenen Rechte der Bürger und der Freiheiten von Handel und Gewerbe haben fast regelmäßig zu den Folgen wirtschaftlicher Krisen gehört. Das hatte Wirkungen, die verheerender waren als alle Einbrüche in den Wirtschaftsstatistiken.

Daran gemessen erscheinen „Systemzweifel“, die sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise des nun endenden Jahres verbinden, vergleichsweise leicht beherrschbar. Nach der Figur des wohlwollenden Diktators wird nicht gerufen. Und die statistisch erfassbaren Zweifel am Wert der Sozialen Marktwirtschaft lassen die Wertschätzung des politischen Systems im Kern doch als unberührt erscheinen.

Nur noch gut ein Fünftel der Deutschen allerdings sieht in einer Stärkung der Marktkräfte ein wünschenswertes Ziel. Etwas mehr als 60 Prozent erheben den Ruf nach mehr sozialer Absicherung durch den Staat. Darüber lässt sich streiten. Aber auch daraus erwächst kein Rütteln am politischen System.

Hans D. Barbier

Krisenfolge I

Was geschieht im Fall einer Unternehmensinsolvenz mit angesparten Beiträgen für die Betriebsrenten? Um ihren Verlust zu vermeiden, sind Unternehmen, die solche Zusagen machen, im Pensions-Sicherungs-Verein (PSV) pflichtversichert.

Der PSV ist nun ebenfalls von der Wirtschaftskrise betroffen. Sie führt zu höheren Beiträgen bei den zurzeit rund 76 000 Mitgliedsunternehmen. Während 2008 ein Beitragsatz von 0,18 Prozent galt, legte der PSV Anfang November 2009 den aktuellen Satz auf 1,42 Prozent fest. Das ist eine Beitragssteigerung auf beinahe das Achtfache. Was in ersten Augenblick als Zahlenspielerei im Promillebereich erscheint, sieht in Euro und Cent ausgedrückt dramatischer aus: Insgesamt rund 4,1 Milliarden € müssen von den Unternehmen an den PSV gezahlt werden.

Um die Liquidität der Unternehmen zu schonen, macht der Verein nach eigenen Angaben zum ersten Mal von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch, die Beiträge auf fünf Jahre zu verteilen. Deshalb müssen die Unternehmen 2009 nur einen Beitrag von 0,82 Prozent ihrer Rückstellungen auf Betriebsrenten zahlen. Trotz dieser Erleichterung werden bis 31. Dezember 2009 rund 2,3 Milliarden € fällig. In den darauffolgenden Jahren

bis 2013 sind dann jeweils zum Jahresende vier Teilbeträge von je 427,5 Millionen € zu zahlen – wenn Insolvenzen nicht neuerlich für Ausfälle sorgen.

www.psvag.de/framesets/aktu2.html

Krisenfolge II

Laut Haushaltsplan erwartet die Bundesagentur für Arbeit (BA) im kommenden Jahr Einnahmen in Höhe von 36,1 Milliarden €. Die Ausgaben werden die Einnahmen jedoch kräftig überschreiten: 54,1 Milliarden € kommen für die diversen Arbeitsmarktunterstützungen zusammen. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 18 Milliarden € wird zum kleinsten Teil – 1,9 Milliarden € – aus der Rücklage der BA gedeckt. Die übrigen 16 Milliarden € muss der Bund, genauer: müssen die Steuerzahler, übernehmen.

Bei den BA-Ausgaben sind 22,3 Milliarden € für das Arbeitslosengeld I – rund 4,8 Milliarden € mehr als 2009 – und knapp 16,7 Milliarden € für die Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Das in diesem Jahr verstärkt genutzte Kurzarbeitergeld soll auch 2010 helfen, Entlassungen zu vermeiden. Während 2009 etwa 4,7 Milliarden € für Kurzarbeit ausgegeben werden, veranschlagt die BA für das kommende Jahr knapp 3,1 Milliarden €.

Bei ihren Berechnungen legten die BA-Haushälter die

Konjunkturprognose der Bundesregierung für 2010 zugrunde, die von einem Wachstum von 1,2 Prozent und knapp 4,1 Millionen Arbeitslosen ausgeht. Der BA-Haushaltsplan muss vor seinem Inkrafttreten noch von der Bundesregierung genehmigt werden.

www.arbeitsagentur.de/

Kristallkugel

Wer möchte nicht gern wissen, was das kommende Jahr bringt? Ähnliche Fragen treiben wohl auch die Experten der Bundesagentur für Arbeit (BA) um. Doch was üblicherweise mit einem Augenzwinkern begleitet wird, scheint der BA ernst zu sein. Wie sonst ließe sich erklären, dass über die BA-eigene Jobbörse im Internet Astrologie-Kurse angeboten werden?

Ob Fernstudium, Blockseminar oder Aufbaukurs, ob „Graphologie“ oder „parawissenschaftliche Therapien“ – selbstverständlich mit Förderung durch Bildungsgutscheine der BA –, angehende Hellseher, Sterndeuter und Wahrsagerinnen werden schnell fündig. Die angegebene Internet-Adresse aufsuchen, als „Bildungsziel/Suchbegriff“ Astrologie eingeben, ein Häkchen bei „Nur Angebote mit Bildungsgutschein“ setzen, und schon lässt sich aus 16 Angeboten (Datenstand 2.12.2009) wählen. Und: Das Kursangebot wächst. Mitte November gab es lediglich fünf Angebote.

Damit wäre Deutschland für 2010 ja bestens vorbereitet. In diesem Sinn: Frohe Feiertage und guten Rutsch!

infobub.arbeitsagentur.de/kurs/portal

2009: Rück- und Ausblicke

Wie steht es um die Soziale Marktwirtschaft? Zur Beantwortung dieser Frage beleuchtet die Im-Klartext-Redaktion Monat für Monat die drei Grundziele Vollbeschäftigung, Eigenverantwortung und Geldwertstabilität. Für das in wenigen Tagen endende Jahr 2009 würde eine Bilanz im betriebswirtschaftlichen Sinne mit tiefroten Zahlen abschließen.

Zwar hat es im laufenden Jahr für die drei Rubriken insgesamt neun positive Wertungen gegeben; dreimal konnte sowohl positiv, als auch negativ gewertet werden. Aber auch im laufenden Jahr überwiegt – wie in den Vorjahren – das Negative: 24 Mal wurde ein „Minus“ vergeben.

Vollbeschäftigung ferner denn je

Zweimal „Plus“, zweimal „Plus/Minus“, achtmal „Minus“: Die wenigsten positiven Wertungen des Jahres 2009 wurden in der Rubrik Vollbeschäftigung vergeben. Das lag weniger daran, dass die Arbeitslosenzahlen exorbitant gestiegen wären: Die monatlich von der Bundesagentur für Arbeit (BA) offiziell gezählten Menschen ohne Arbeit pendelten im Verlauf der betrachteten zwölf Monate zwischen 3,1 Millionen (Dezember 2008) und 3,6 Millionen (März und April); die letzte Statistik des Jahres vermerkt 3,2 Millionen Arbeitslose. Vor allem die Kurzarbeit diente als Instrument, um eine dramatischere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern.

Doch die Politik verwandelte die Kurzarbeit im Jahresverlauf von der vorübergehenden Krücke zum Allheilmittel, zum „Trumpf-Ass im Kampf gegen den Anstieg der Arbeitslosigkeit“, wie in ei-

nem Wochenmagazin zu lesen war. Seit Mai 2009 kann sogar bis zu zwei Jahren kurzgearbeitet werden – eine neue Definition des Begriffes „kurz“?

Auch wer arbeitslos ist und wer nicht, wurde im Jahresverlauf neu definiert. Die statistischen Änderungen scheinen sogar der BA unheimlich zu sein, denn seit Mai 2009 benennt sie in ihren Monatsberichten parallel zu den offiziell gemeldeten Arbeitslosenzahlen auch die Zahl derjenigen Menschen, die von „Arbeitslosigkeit im weitesten Sinne“ oder von „Unterbeschäftigung“ betroffen sind. Selbstverständlich weichen diese von den offiziell genannten Zahlen ab.

Kaufkraftverluste

Drei positive und neun negative Wertungen erfolgten das Jahr über für die Rubrik „Geldwertstabilität“. Positiv war 2009 zweifelsohne, dass die Veränderungsrate der Verbraucherpreise unter dem für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwert lagen: Die Europäische Zentralbank sieht bis zu einer Inflationsrate von zwei Prozent die Preisstabilität gewahrt.

Inflation bedeutet den Lehrbüchern zufolge, dass pro Euro weniger gekauft werden kann, da die Preise steigen. Die Einkünfte der Bürger verlieren aber auch

Kaufkraft, wenn die Preise zwar relativ stabil bleiben, Einkommen und Ersparnisse aber durch staatliche Zugriffe geschmälert werden oder das bei Banken und Versicherungen gesparte Geld durch Spekulation und Misswirtschaft verloren geht. Das letztgenannte führte denn auch zu den überwiegend negativen Einschätzungen: Zum einen weitete die Politik die Staatsverschuldung aus, um auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren; Alternativen zu mehr Schulden wurden nicht erwogen. Zum anderen verloren durch die Krise private Vermögen zum Teil drastisch an Wert.

Auch 2009 mehr Staat

Siebenmal negativ, einmal unentschieden und immerhin: Mit viermal „Plus“ hat die „Eigenverantwortung“ in diesem Jahr die meisten positiven Wertungen erhalten. Private Insolvenzen gingen zurück, und weniger Menschen verschuldeten sich; berufliche Weiterbildung wurde zunehmend als notwendig akzeptiert; die Sparer achteten verstärkt auf sichere und schnell verfügbare Geldanlagen. Eine unentschiedene Wertung gab es, weil sich vor allem junge Erwachsene einerseits sehr leistungsbereit zeigen, andererseits aber in erster Linie den Staat in der Verantwortung sehen, wenn



„Als Faustformel gilt: Hunderttausend Arbeitslose weniger entlasten Haushalt und Sozialkassen um zwei Milliarden €. Mehr Beschäftigung eröffnet dem Staat also spürbare Spielräume.“

Angela Merkel

sich sozial- und wirtschaftspolitische Probleme zeigen. Die negativen Einschätzungen ergaben sich im Jahresverlauf aus der nahezu ungebrochenen Politikverdrossenheit der Bürger und diversen staatlichen Eingriffen in die Belange des Einzelnen.

Alles in allem war auch 2009 kein gutes Jahr für die Soziale Marktwirtschaft: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt, Erspartes und Verdienst haben an Kaufkraft verloren, und der Staat bevormundet und verunsichert die Bürger.

Versuch und Irrtum

Dabei hat sich die Politik bemüht, alles zum Besten zu richten. Immerhin war die bis September 2009 amtierende Bundesregierung bei Regierungsantritt im Jahr 2005 mit dem Motto „Mehr Freiheit wagen“ gestartet. Eine Große Koalition für große Herausforderungen: Wenn nicht die Volksparteien CDU/CSU und SPD die Probleme angehen und lösen können, wer dann? Dementsprechend stürzte sich die Bundesregierung ins politische Alltagsgeschäft: Haushaltskonsolidierung, Stabilisierung von gesetzlichen Sozialversicherungen, Arbeitsmarkt. Aber wie so oft steckte der Teufel im Detail.

Beispiel Arbeitsmarkt: Gute Konjunktur, Änderungen der Arbeitslosenstatistik und ein paar Arbeitsmarktprogramme führten bis Herbst 2008 dazu, dass die offiziell gezählten Arbeitslosen weniger als drei Millionen Menschen ausmachte. Für zwei Monate blieb die Zahl unter der Drei-Millionen-Grenze.

Das war zuletzt Anfang der 1990er Jahre der Fall.

Prinzip Hoffnung

Inzwischen ist der Trend – auch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedingt – gekippt. Um das Schlimmste zu verhindern, wurde mit der Ausweitung der Kurzarbeit alles auf eine Karte gesetzt und mit vorübergehenden Mehrausgaben für die Kurzarbeit Zeit gekauft. Die Hoffnung der Politik: Ein rasches Ende der Krise. Sollte die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten allerdings diese Hoffnung nicht erfüllen, sind die Gelder weg und mit Verzögerung auch die Arbeitsplätze.

Eine fatale Kettenreaktion könnte wieder in Gang kommen: Die Entwicklung am Arbeitsmarkt bestimmt, ob die Sozialsysteme halbwegs tragfähig bleiben und Steuerzahlungen in ausreichender Höhe erfolgen. Mehr Arbeitslose bedeuten aber weniger Beitrags- und Steuerzahler. Der Staat müsste fehlende Mittel in den Sozialkassen durch Zuschüsse ausgleichen. Die Frage: Woher nehmen? Steuererhöhungen und/oder mehr Schulden wäre die Wahlmöglichkeit für die Regierenden.

Große Koalition, neue Schuldenrekorde

Doch längst zeichnen sich sinkende Steuereinnahmen und explodierende Staatsschulden ab. Dabei wollte die Große Koalition den ersten Haushalt ohne neue Schulden – seit vierzig Jahren hatte das keine Regierung mehr geschafft – zu ihrem Markenzeichen machen. Zunächst schien auch alles

nach Plan zu laufen: Die Steuereinnahmen sprudelten, dank einer massiven Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19 Prozent – eine Steuererhöhung von immerhin 18,75 Prozent – zum Jahresbeginn 2007; die Arbeitslosigkeit sank, in kleinen Schritten zwar, aber immerhin.

Allerdings ließen sich die Großkoalitionäre viel Zeit mit der geplanten Konsolidierung des Staatshaushalts. Erst ab dem Bundeshaushalt 2011 sollten keine neuen Schulden mehr nötig werden, um die Staatskasse auszugleichen. Das Schieben auf die lange Bank rächte sich, die Finanz- und Wirtschaftskrise torpedierte das Vorhaben.

Die Große Koalition muss nun eine Rekordverschuldung verantworten. Der bisherige 40-Milliarden-€-Schuldenrekord von 1996 wird in diesem Jahr locker übertroffen: Für 2009 sind neue Schulden in Höhe von 50 Milliarden €, für 2010 von rund 86 Milliarden € geplant.

Das sollte allerdings nicht wirklich überraschen. Zwei Konjunkturpakete von zusammen 81 Milliarden €, ein Rettungsschirm aus staatlichen Bürgschaften und Krediten für Not leidende Unternehmen in Höhe von 115 Milliarden € und das Bankenrettungspaket von 480 Milliarden € müssen irgendwie finanziert werden. Obwohl der Staat von Schuldenrekord zu Schuldenrekord eilt, ist völlig offen, was die milliardenteuren Interventionen die Steuerzahler am Ende wirklich kosten und ob und wie die Eingriffe langfristig wirken werden.

Neue Koalition, neuer Versuch

Im November hat nun eine Koalition aus CDU/CSU und FDP die Regierungsgeschäfte übernommen. Nach den ersten Wochen lässt sich noch nicht viel Aussagekräftiges über den künftigen Kurs sagen. Allerdings deuten Koalitionsvertrag und Regierungserklärung an, wohin die Reise gehen könnte: Wachstum auf Biegen und Brechen lautet zurzeit das Motto, selbstverständlich staatlich initiiert. „Wir müssen rasch wieder auf einen selbsttragenden Wachstumspfad kommen, auch um das Zukunftsvertrauen der Bürger zu stärken“, meinte Bundeskanzlerin Merkel Mitte November. Sie erkennt zwar auch: „Die Menschen sind besorgt, weil wir so viele Schulden machen müssen, was ich voll verstehe.“ Aber ebenso eindeutig sei: „Unser Land muss endlich ein Verständnis für die volle Dimension dieser in der Geschichte unseres Landes so noch nie dagewesenen Krise bekommen.“ Die Wachstumsbeschwörung fand Anfang Dezember ihren ersten Höhepunkt mit der Verabschiedung eines „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“.

Die Umfrage „Deutschland-Trend Dezember 2009“ hat ergeben, dass 60 Prozent der Befragten mit dem Start der neuen Bundesregierung unzufrieden sind; den Start der Großen Koalition fanden damals 43 Prozent wenig gelungen. Ob der Verweis auf eine außergewöhnliche Krise reichen wird, um die Menschen in Deutschland wohlwoller der zu stimmen?

Andreas Schirmer

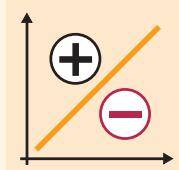


„Ein Unternehmer ist so lange freier Unternehmer, wie er Risiken und Chancen gleichermaßen tragen will. Es geht nicht an, dass er nur die Chancen wahrnehmen und die Risiken durch Kartellbildungen oder durch die Anrufung des Staates abwenden will.“
Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Dezember 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung (+/-)

Die letzte Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) in diesem Jahr brachte neuerlich Überraschendes: Die Zahl der offiziell gemeldeten Arbeitslosen sank im November um 13 000 gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Menschen ohne Arbeit um 227 000.

in Kurzarbeit. Das waren 460 000 weniger als beim Höchststand im Mai 2009. Der durch die Kurzarbeit bedingte Arbeitsausfall entspricht laut BA 319 000 Vollzeitstellen.

Eigenverantwortung (-)

Bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat „Vater Staat“ seit dem vergangenen Jahr des Öfteren weitreichend in die Wirtschaft eingegriffen. Angesichts der außergewöhnlichen Krisensituation stehen die Bürger der staatlichen Intervention weniger negativ gegenüber. Eine Umfrage des Bundesverbandes Deutscher

Banken hat ergeben: 48 Prozent der Befragten finden nicht, dass der Staat zu vieles regelt. 47 Prozent sind dagegen der Meinung, das sei sehr wohl der Fall. Vor der Krise fanden noch 59 Prozent, der Staat mische sich zu stark ein; 33 Prozent empfanden das nicht. Ebenfalls rund die Hälfte der Befragten war im Übrigen der Auffassung, dass die Politik nach der Krise die Interventionen zurückfährt.

Geldwertstabilität (-)

Das Jahr 2009 war das Jahr der Großinsolvenzen. Arcandor (Karstadt, Quelle), Karmann, Märklin, Oimonda und andere mehr: Selten sind in wenigen Monaten so viele große Namen in den Schlagzeilen aufgetaucht. Insgesamt mussten über 200 Firmen mit mehr als 50 Millionen € Umsatz Insolvenz anmelden; 2008 waren es in dieser Umsatzgröße lediglich 60 Unternehmen.

Die durch Insolvenzen verursachten Kosten – dazu zählt beispielsweise auch das von der Bundesagentur für Arbeit gezahlte Insolvenzgeld – stiegen um zwei Drittel auf 48,6

Insolvenzen

Unternehmen insgesamt

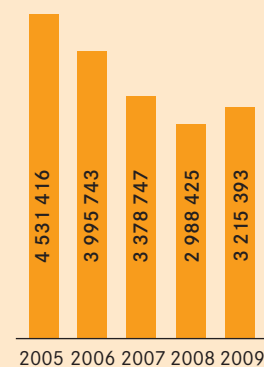


Quelle: Creditreform

Milliarden €. Ein neuer bedenklicher Rekord, denn das Schadensniveau liegt um 19,6 Milliarden € über dem des Vorjahres; ein Anstieg um mehr als ein Drittel.

Pro Insolvenzfall stehen durchschnittlich 1,1 Millionen € an Forderungen aus (2008: 710 000 €). Während die öffentliche Hand rund 11,6 Milliarden € an Forderungen hat, sind die übrigen 37,1 Milliarden € Gelder privater Gläubiger. Den Großteil des Geldes werden die Gläubiger erfahrungsgemäß abschreiben müssen.

Arbeitslose



jeweils November

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Wiederholt habe die Kurzarbeit maßgeblich zum stabilen Arbeitsmarkt beigetragen. Im September waren laut BA 1,056 Millionen Arbeitnehmer aus konjunkturellen Gründen

Staatseingriff

„Es werden zu viele Dinge durch den Staat geregelt.“

	Ja	Nein
1994	46	46
1996	51	41
1998	59	35
2000	56	35
2002	55	38
2004	59	33
2006	59	33
2008	44	44
2009	47	48

Antwort der Befragten in Prozent

Quelle: Bundesverband Deutscher Banken

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU (innen)
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard